

**DOKUMENTATION UND KOMMENTIERUNG
POLIZEIRELEVANTER FORSCHUNG IN ÖSTERREICH
1945-2004**

Projektendbericht – Kurzfassung

Gerhard Hanak & Veronika Hofinger

Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie

Wien, März 2005

Projekt im Auftrag der



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDEMINISTERIUM FÜR INNERES
SICHERHEITSAKADEMIE

1. Zur Vorgeschichte des Projekts

Die Idee zum Projekt „Dokumentation und Kommentierung polizeirelevanter Forschung in Österreich 1945-2004“ entstand im Rahmen eines im Frühjahr 2004 durchgeführten Workshop zu Fragen der Forschungsorganisation und Forschungsprogrammierung, bei dem MitarbeiterInnen des Instituts für Wissenschaft und Forschung der SIAK, ReferentInnen des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie, sowie ExpertInnen aus verschiedenen Ressorts und Institutionen Probleme und Strategien der Wissenschaftsorganisation und der Entwicklung von Forschungsprogrammen diskutierten. Seitens der Vertreter des Instituts für Wissenschaft und Forschung wurde im Zusammenhang mit der künftigen Aufgabenstellung des Instituts das Interesse an einer möglichst umfassenden Bestandsaufnahme bezüglich der in Österreich vorhandenen Forschung zur Polizei (und ihren hauptsächlichen Arbeitsfeldern) artikuliert. Da bis dato weder eine halbwegs befriedigende Sammlung und auch keine überblicksweise Darstellung einschlägiger Materialien (Bibliographien, Forschungsberichte, Publikationen und Verzeichnisse zur nationalen Forschungslandschaft) vorhanden war, wurde das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie mit der Durchführung entsprechender Recherchen, der Erstellung einer möglichst vollständigen Datenbank, sowie der Vorlage eines Berichts über die Ergebnisse des Projekts beauftragt.

2. Zielsetzung und Arbeitsschritte

Ziel des Projekts war eine möglichst vollständige Dokumentation „polizeirelevanter Forschung“ in Österreich im Zeitraum 1945 bis in die Gegenwart. Eine erste Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes beschränkte sich zunächst auf den Hinweis, dass im wesentlichen „sozialwissenschaftliche“ Forschung (im weiteren Sinn) zu erfassen ist, nicht jedoch naturwissenschaftliche, medizinische, technische Forschungen (etwa im Bereich der Kriminalistik oder des Straßenverkehrs), und dass die zu dokumentierenden Arbeiten einen (empirischen) Bezug zur österreichischen Gesellschaft der 2. Republik aufweisen müssen. Über diese allgemeinen Vorgaben hinaus war das Kriterium der „Polizeirelevanz“ konkret zu überprüfen. Als „polizeirelevant“ hatten jedenfalls Forschungen über die Polizei und über polizeiliches Handeln, sowie über zentrale polizeiliche Handlungsfelder und Zuständigkeiten zu gelten.

Zu Beginn der Projektdurchführung wurde ein Dokumentationsschema entwickelt, das auf die Erfassung von wissenschaftlicher Literatur, und insbesondere empirischer Forschung zugeschnitten ist und neben bibliographischen Angaben auch Informationen zur Methodik sowie ein „Abstract“ im Umfang von 10 bis 20 Zeilen vorsieht, in dem die Fragestellung und die wichtigsten Ergebnisse der jeweiligen Forschung kurz beschrieben werden. In der Folge wurden Recherchen an den Forschungseinrichtungen und in den Bibliotheken durchgeführt, in denen der größte Teil des österreichischen Bestands an „polizeirelevanter Forschung“ zu vermuten war. Im Anschluss an die Erstellung der Datenbank, in der insgesamt 340 Arbeiten dokumentiert sind, wurden quantitative und qualitative Auswertungsschritte vorgenommen, die zum einen auf die anschauliche Beschreibung und Klassifikation des dokumentierten Materials zielten, zum andern aber auch die Identifikation der hauptsächlichen, bis dato

relativ intensiv/extensiv beachteten Forschungsfelder, sowie der eher wenig beachteten Bereiche, in denen definitiv Forschungslücken oder jedenfalls Defizite zu beobachten sind, ermöglichen sollte.

Die im März 2005 fertig gestellte ACCESS-Datenbank¹ wird einerseits im Rahmen des Instituts für Wissenschaft und Forschung Verwendung finden, andererseits wird der österreichische Beitrag zu einer internetbasierten Datenbank des europäischen Netzwerks der Polizeiakademien (CEPOL) aus den Ergebnissen dieser Dokumentation gespeist werden (siehe www.cepol.net).

3. Polizeiforschung und „polizeirelevante Forschung“

Der Begriff der polizeirelevanten Forschung ist offenkundig sperrig, nicht sehr gebräuchlich und durchaus erklärungsbedürftig. Er verfolgt zum einen den strategischen Zweck, den herkömmlichen und vor allem in Deutschland gängigen Begriff der Polizeiforschung (vgl. Kreissl 1991, Kerner 1994, Lehne 1993, Feltes 1991) mit aller gebotenen Vorsicht um zusätzliche Facetten zu erweitern, wobei die Kriterien dieser Erweiterung vorweg nicht so leicht und nicht so präzise zu umreißen waren.² Polizeiforschung an sich ist ein mehrdeutiger Begriff, der jedenfalls in Deutschland zwei sehr unterschiedlich angelegte und ausgerichtete Sorten von sozialwissenschaftlicher Forschung umfasst: Zum einen (zumeist akademische, im Bereich der Universitäten angesiedelte) Forschung über die Polizei und das polizeiliche Handeln, in denen vor allem die Polizei als Instanz sozialer Kontrolle im Mittelpunkt steht, wobei dieser Typus von Forschung vielfach dadurch gekennzeichnet ist, dass er ein eher „theoretisches“, praxisfernes Erkenntnisinteresse verfolgt und der Polizei durchaus distanziert bis kritisch gegenüber steht. Einer ganz anderen Logik, verbunden mit ganz konträren Entstehungs- und Verwertungskontexten, folgt der zweite Typus von Forschung, der von der Polizeiorganisation oder von den Innenressorts betrieben wird oder beauftragt ist, und der seine erkenntnisleitenden Perspektiven primär aus praktischen Bedürfnissen und Erfordernissen der Polizeiorganisation und ihrer politischen Führung bezieht. Es versteht sich von selbst, dass diese beiden Typen von Polizeiforschung jedenfalls unter unseren weiteren Begriff der polizeirelevanten Forschung zu subsumieren sind.

Darüber hinaus sollten in unser Vorhaben aber auch Forschungsfelder einbezogen werden, die einen eher mittelbaren Bezug zur Polizei und zum polizeilichen Handeln aufweisen: Das sind primär Forschungen über typische polizeiliche Handlungsfelder (auch wenn sie der Polizei selbst keinen besonders prominenten Stellenwert zuweisen), oder auch Forschungen über gesellschaftliche Kontrollpolitiken, Kontrollstile, Kontrolltechniken.

¹ Natürlich handelt es sich bei dem vorliegenden Dokumentationsprojekt um ein prinzipiell „offenes“ Projekt, das periodische Aktualisierungen, Ergänzungen, Erweiterungen und Vertiefungen keineswegs ausschließt und sogar wünschenswert erscheinen lässt.

² Zum Teil liegt die Schwierigkeit der Bestimmung polizeirelevanter Forschung natürlich auch darin, dass genau genommen ein Werturteil vorausgesetzt wird, welche Art von Forschung für die Polizei relevant sein soll – und welche nicht.

4. Die Recherchen

Am Beginn der methodischen Überlegungen stand zunächst die Annahme, dass angesichts des doch begrenzten Stellenwerts von sozialwissenschaftlicher empirischer Forschung in der österreichischen Gesellschaft (somit auch in der Sphäre der Verwaltung und in der akademischen Landschaft), sowie angesichts des Fehlens von speziellen Stabsstellen, Abteilungen oder Instituten, die sich regelmäßig und professionell mit Polizeiforschung im engeren Sinn befassen, der größte Teil einschlägiger Arbeiten einer durchaus überschaubaren Zahl von Forschungseinrichtungen zuzuordnen sein dürfte, die derartige Forschungen mehr als nur sporadisch, als einen von mehreren inhaltlichen Schwerpunkten betreiben, und dass über den Zugang zu diesem kleinen, vor allem in Wien angesiedelten Netzwerk von Institutionen, ihren Bibliotheken und Archiven ein beträchtliches Kontingent an österreichischer polizeirelevanter Forschung eruiert, gesichtet und dokumentiert werden kann. Ungleich breiter gestreut sind hingegen Forschungsarbeiten, die an den österreichischen Universitäten (vor allem als studentische Diplomarbeiten und Dissertationen an verschiedensten Fachbereichen und Instituten) durchgeführt werden.

Zu Beginn der Recherchen wurden die (mehr als 800) Publikationen des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie aus dem Zeitraum 1973 bis Mitte 2004 gesichtet und selektiert. Aus diesem Material wurden mehr als 90 Publikationen (vor allem Forschungsberichte und Aufsätze in Zeitschriften bzw. Sammelbänden) in die Dokumentation aufgenommen. Anschließend wurden auf dem Weg der elektronischen Recherche die Kataloge der österreichischen Bibliotheken (<http://www.bibvb.ac.at>) durchgesehen. Die Suche nach Schlagworten wie Polizei, Sicherheitsexekutive, Gendarmerie, Kriminalpolizei, (Innere bzw. Öffentliche) Sicherheit, Kriminalität, Kriminologie, Prävention, Verkehrssicherheit, Gewalt, Drogen, Terrorismus erbrachte insgesamt mehr als 14.000 Publikationen, von denen circa 300 genauer zu prüfen waren. Rund 70 Publikationen, darunter ein größerer Anteil von studentischen Diplomarbeiten, wurden schließlich in die Dokumentation aufgenommen. Im gleichen Zeitraum wurden die gesamten Bibliotheksbestände des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie nach einschlägigen Publikationen gesichtet und die dabei eruierten Titel (vor allem Dissertationen, Diplomarbeiten, Forschungsberichte) dokumentiert. In den sehr umfangreichen Buch- und Zeitschriftenbeständen fanden sich nur wenige Titel zu polizeirelevanter (empirischer) Forschung mit Österreich-Bezug.

Die in der Bibliothek der SIAK durchgeführten Recherchen haben vor allem den Zugang zu einer Reihe von Diplom- bzw. wissenschaftlichen Abschlussarbeiten an der SIAK ermöglicht, von denen die meisten die inhaltlichen und formalen Kriterien der polizeirelevanten Forschung erfüllten und deshalb in die Dokumentation aufzunehmen waren. Der Polizeibezug ist praktisch durchwegs gegeben und die meisten Arbeiten enthalten einen mehr oder weniger substanziellen empirischen Teil, der auf gängigen Methoden der Datenerhebung und Auswertung basiert.

Gegen Ende der Recherchen wurde die Suche auf die Universitätsbibliothek Wien und die Bibliothek der Wirtschaftsuniversität ausgeweitet und rund ein Dutzend Arbeiten, die an Wiener Bibliotheken nicht vorhanden waren, via Fernleihe angefordert. Am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien wurden die Bibliotheksbestände, sowie die in den letzten Jahren verfassten kriminologischen Dissertationen gesichtet und die Publikationsverzeichnisse der Institutsangehörigen eingesehen. Am Institut für Konfliktforschung wurde nach dort entstandenen Forschungsberichten und Publikationen recherchiert.

5. Zur Charakterisierung des Materials

Zunächst ist festzuhalten, dass das Material durchaus heterogen ist: Neben professionellen Projekten und Berichten, die über weite Strecken den üblichen methodischen und inhaltlichen Standards wissenschaftlicher Forschung entsprechen, enthält es doch einen beachtlichen Anteil an studentischen Abschlussarbeiten (Diplomarbeiten, Dissertationen), deren wissenschaftliche Substanz im einzelnen sehr unterschiedlich zu veranschlagen ist. Heterogen ist das Material auch insofern, als es nur zum Teil direkt von der Polizei handelt, und ein beträchtlicher Teil der dokumentierten Arbeiten „Polizeirelevanz“ nur in einer weiteren Fassung des Begriffs für sich beanspruchen kann. (Das betrifft vor allem zahlreiche Diplomarbeiten, die aus verschiedenen Perspektiven und mit unterschiedlichstem Erkenntnisinteresse Phänomene wie „Gewalt“, „Drogen“, „Jugend“ etc. beleuchten.) Erwartungsgemäß ist für einen beachtlichen Anteil der dokumentierten Forschungsliteratur ein „institutioneller Bezug“ ersichtlich. Dabei dominieren Arbeiten, die dem Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie zuzuordnen sind. Sonstige in quantitativer Hinsicht relevante institutionelle Bezüge betreffen vor allem noch die Sicherheitsakademie (fast ausschließlich Abschluss- bzw. Diplomarbeiten), das Institut für Strafrecht und Kriminologie (praktisch durchwegs Publikationen von dort lehrenden Professoren und Dozenten), das Institut für Konfliktforschung (ganz überwiegend Forschungsberichte), sowie das Kuratorium für Verkehrssicherheit (ebenfalls überwiegend Forschungsberichte und Broschüren). Andere institutionelle Bezüge (etwa Forschungen durch Markt- und Meinungsforschungsinstitute, Angehörige von sonstigen Universitätsinstituten oder akademischen Institutionen, Forschungen, die im Bereich von Interessenvertretungen oder der Verwaltung durchgeführt wurden, „ressortinterne“ Forschungsaktivitäten etc.) kommen eher selten bis gar nicht vor.

Quantitative Auswertungen zeigen, dass im dokumentierten Material vor allem drei „Literatursorten“ vertreten sind: Diplomarbeiten und Dissertationen (28 Prozent), Forschungsberichte (24 Prozent), sowie Artikel in Zeitschriften bzw. Beiträge in Sammelbänden (24 Prozent). Der verbleibende Rest verteilt sich vor allem auf Abschluss- bzw. Diplomarbeiten der SIAK (12 Prozent) und Bücher (11 Prozent). In diesem an sich schon eher bescheidenen Kontingent an polizeirelevanten Buchpublikationen (N=30) finden sich nur sehr wenige, die Polizeiforschung im engeren Sinn beinhalten.

Bei näherer Betrachtung des Methodenspektrums und der Methodenpräferenzen der dokumentierten Forschung zeigt sich zunächst – durchaus erwartungsgemäß – eine Dominanz

von gebräuchlichen Zugängen und Designs: Auswertung von offiziellen Statistiken und Dokumenten, Fragebogen-Erhebungen, Interviews, Experteninterviews und dergleichen. Eher überraschend ist der relativ beachtliche Anteil an qualitativen Methoden (besonders: Interviews) und der überaus geringe von groß angelegter Umfrageforschung (Repräsentativbefragungen etc.), worin sich wahrscheinlich primär der Umstand spiegelt, dass die Forschungen vielfach mit bescheidenen Ressourcen operieren (müssen). Eher die Ausnahme sind Forschungen, die sich komplexerer methodischer Zugänge bedienen (Kombination verschiedener Verfahren und Strategien der Datenerhebung, die vor allem bei professionelleren und größer angelegten Forschungsprojekten in Betracht kommt), solche, die eher experimentelle oder innovative Verfahren anwenden, oder mit „teilnehmender Beobachtung“ oder anderen ethnographisch inspirierten Methoden der Feldforschung operieren.

Inhaltlich können die 340 dokumentierten Forschungsarbeiten mit nur wenigen Ausnahmen den folgenden 18 Themenfeldern zugeordnet werden:

Forschungen zur Polizei(-Organisation)	(N=45)
Polizeiliches Handeln	(N=16)
Polizei-Ausbildung	(N=11)
(Un)Sicherheit und Kriminalitätsfurcht	(N=25)
Kriminalität, Kriminalitätsentwicklung, Anzeigeverhalten	(N=17)
Erscheinungsformen von Kriminalität	(N=26)
Gewalt	(N=31)
Drogen/Sucht	(N=23)
Jugend(kriminalität)	(N=25)
Frauenkriminalität	(N=4)
Ausländerkriminalität, Migration, Illegalität	(N=13)
Ostgrenzöffnung	(N=8)
Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalsozialismus	(N=5)
Viktimologie, Kriminalitätsoffer	(N=6)
Straßenverkehr, Verkehrssicherheit	(N=31)
Prävention (Kriminalität, Sucht, Gewalt etc.)	(N=7)
Strafrecht, Rechtsanwendung	(N=27)
Kontrollpolitik, Sicherheitspolitik	(N=10)

Zu beachten ist, dass viele der dokumentierten Arbeiten nicht eindeutig und trennscharf einem dieser thematischen Felder zuzuordnen sind, sondern eher an den Schnittstellen zweier oder mehrerer Felder angesiedelt sind (z.B. Arbeiten zur Drogenprävention). Auffallend ist jedenfalls, dass nur sehr wenige Arbeiten sich dieser Typologie überhaupt entziehen. Es zeigt sich weiters, dass sich das dokumentierte Material sehr ungleichmäßig auf die Forschungsfelder verteilt, wobei die quantitativen Besetzungen mitunter relativ wenig über die Qualität und Substanz der zu den einzelnen Forschungsfeldern vorhandenen Forschungsarbeiten und Publikationen aussagen.

6. Ergebnisse

Die 340 dokumentierten Arbeiten zu polizeirelevanter Forschung in Österreich können prima vista durchaus als Hinweis auf eine in quantitativer Hinsicht einigermaßen aktive und lebendige wissenschaftliche „Szene“ oder Forschungslandschaft gelesen werden. Zu relativieren ist die eindrucksvolle Zahl freilich zunächst durch den Hinweis, dass ein beträchtlicher Teil dieser Arbeiten als Diplomarbeiten und Dissertationen an den österreichischen Universitäten bzw. als wissenschaftliche Abschlussarbeiten an der SIAK entstanden sind, und dass auch unter den übrigen Publikationen sich nicht so wenige finden, die eher aus „Gelegenheitsprojekten“ und kleineren Forschungsinitiativen resultieren, die mit bescheidener Ressourcenausstattung ihr Auslangen finden (mussten). Nicht zuletzt ist die nicht so geringe Zahl von dokumentierten Arbeiten auch dem Umstand verdankt, dass nicht ausschließlich auf „Polizeiforschung“ fokussiert wurde, sondern der Begriff der „Polizeirelevanz“ von (sozialwissenschaftlicher) Forschung durchaus bewusst etwas breiter ausgelegt wurde.

Die Dokumentation demonstriert andererseits auch, dass größer bzw. breiter angelegte Forschungen zur Polizei hierzulande in eher begrenzter Zahl vorliegen, und dass auch das Kontingent von polizeilich beauftragter Forschung über den gesamten Untersuchungszeitraum überaus limitiert war und ist. Eine institutionalisierte oder auch nur regelmäßig stattfindende Polizeiforschung, eine institutionalisierte oder routinemäßige Einbeziehung der Sozialwissenschaften in die Erstellung der offiziellen Sicherheitsberichte existiert in Österreich weder innerhalb des Innenressorts oder innerhalb der Polizeiorganisation, noch wird sie professionell und kontinuierlich von darauf spezialisierten akademischen bzw. universitären Forschungseinrichtungen betrieben. Mehr als sporadische Befassung mit polizeirelevanten bzw. kriminologischen Themen findet vor allem an zwei außeruniversitären Forschungsinstituten (Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Institut für Konfliktforschung) statt. Ferner sind – mit gewissen Einschränkungen – kriminologische Arbeiten des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien, sowie für den spezifischen Bereich des Straßenverkehrs die im Umfeld des Kuratoriums für Verkehrssicherheit durchgeführten Projekte und Untersuchungen zu nennen. Unter Berücksichtigung des relativ langen Untersuchungszeitraums von annähernd 60 Jahren kann doch mit kleineren Modifikationen an der am Anfang des Projekts stehenden Einschätzung festgehalten werden, dass (professionellere und systematischere) polizeirelevante Forschung in Österreich kein besonders prominentes Forschungsfeld ist, wengleich natürlich – besonders seit Etablierung sozialwissenschaftlicher Studiengänge und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in den 70-er-Jahren – immer wieder einschlägige Projekte konzipiert und durchgeführt wurden. (Bemerkenswert ist dabei, dass auf den Zeitraum 1946 bis 1979 nicht mehr als 24 (!) in der Dokumentation erfasste Arbeiten entfallen, auf die deutlich kürzere Periode von 1980 bis 2004 dagegen 316.)³

³ Zum Teil dürfte die deutliche Zunahme einschlägiger Arbeiten seit den 90-er-Jahren auch aus Veränderungen bzw. Verbesserungen im Dokumentationswesen (Kataloge, Verschlagwortung) der österreichischen Bibliotheken resultieren.

Der offenkundig weitgehende Verzicht auf die technokratische Nutzung von sozialwissenschaftlicher Forschung in Österreich bedeutet unter anderem, dass bis dato auch kaum wirksame Formen und Strategien der Koordination, der Steuerung, der Programmierung von einschlägiger Forschung existieren, die sich infolgedessen wenig strategisch, relativ frei von konkreten Verwertungsinteressen und Verwertungszwängen, teils auch „zufällig“ und infolgedessen mäßig „kumulativ“ entwickelt hat. Polizeirelevante Forschung entsteht unter diesen Rahmenbedingungen relativ spontan oder als Reaktion auf einen konkreten Anlass, manchmal auch im Kontext eher akademischer Fragestellungen, für deren Erforschung gerade entsprechende (meist begrenzte) Mittel aufgetrieben werden können, und typischerweise ohne nennenswerte Einbindung in mittelfristige wissenschaftspolitische Strategiekonzepte und Forschungsschwerpunkte. Polizeiforschung, die mit mehr als geringfügigen personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet ist und von externen Forschungsanbietern zugekauft wird, reagierte in der Vergangenheit z.B. auf Probleme der Exekutive, die in einem „schlechten Image“ derselben in der Bevölkerung gesehen wurden, die sich in gravierenden Rekrutierungsproblemen äußerten, auf eine Häufung von negativen Medienberichten (über polizeiliche Übergriffe), auf erheblichen Reformstau im Bereich des polizeilichen Ausbildungswesens, das sich zunehmend von den Standards anderer gesellschaftlicher Bildungseinrichtungen entfernt und abgekoppelt hatte etc. Die genannten Problemkonstellationen haben in den vergangenen Jahrzehnten (seit Anfang der 70-er-Jahre) also bewirkt, dass sozialwissenschaftliche Forschung sporadisch als Strategie der Problemdiagnose beigezogen wurde – und das mit durchaus beachtlichem Ertrag. Eine kontinuierlichere „Beforschung“ der Polizei und ihrer typischen Handlungsfelder ist aus diesen Projekten vorerst nicht entstanden.

Aus dem Gesagten folgt unter anderem, dass die polizeirelevante Forschung in Österreich thematisch einigermaßen verstreut und zersplittert ist, dass also immer wieder beachtliche Fragmente und Einzelstücke gefertigt werden, die sich aber nur sehr bedingt zu einem aussagekräftigen Gesamtbild vereinigen. Unbefriedigend bleibt diese Situation nicht zuletzt dann, wenn kumulative Effekte der Forschung angestrebt werden, die aber nur erreicht werden können, wenn mit kontinuierlich verfügbaren materiellen und personellen Ressourcen und entsprechender Infrastruktur über längere Zeiträume arbeitsteilig und koordiniert an Themenschwerpunkten und zu Forschungsfeldern gearbeitet werden kann. Diese Rahmenbedingungen der Forschung sind bis dato so nicht (oder jedenfalls nicht dauerhaft) hergestellt oder erarbeitet worden, was sich wiederum in den Merkmalen der vorhandenen polizeirelevanten Forschung spiegelt. Aufgrund der kaum koordinierten, vielfach auf den Erkenntnisinteressen der ForscherInnen, oder auf zufälligen, spontanen Entwicklungen und „günstigen Konstellationen“ zu bestimmten Zeitpunkten und wechselnden Themenkonjunkturen im Lauf der Jahrzehnte basierenden Forschungsaktivitäten gibt es mittlerweile kaum mehr völlig weiße Flecken im Sinne einer terra incognita auf der Landkarte der polizeirelevanten und kriminologischen Forschung. Umgekehrt ist aber zu konstatieren, dass viele relevante Forschungsfelder bis dato untererforscht sind und zu ihnen im Lauf der vergangenen Jahrzehnte kaum mehr als eine Handvoll brauchbarer, professioneller, mit entsprechen-

den Ressourcen ausgestatteter Forschungsarbeiten entstanden sind. Nicht zuletzt ist für manche Forschungsfelder festzuhalten, dass an sich relevante Arbeiten nicht mehr besonders aktuell sind, was in einer Periode beschleunigten sozialen Wandels meist weniger den AutorInnen, als den drastisch schrumpfenden Halbwertszeiten des akademischen Wissens über gesellschaftliche Phänomene und Institutionen geschuldet ist.

7. Forschungsdefizite

Die Identifikation von Forschungsdefiziten und vernachlässigten Fragestellungen erfolgt klarerweise mit Blick auf internationale Forschungsgepflogenheiten, -prioritäten und -trends. Auffällig ist jedenfalls, dass einige Forschungsthemen und Zugänge, die in der internationalen Kriminologie und Polizeiforschung beachtliche Konjunkturen verzeichneten oder überhaupt zum Standardrepertoire der Forschung gehören, in Österreich weitgehend fehlen oder erst mit beträchtlicher Verspätung aktuell wurden, und/oder mit mäßigem Enthusiasmus betrieben wurden. Bemerkenswert ist z.B., dass die im anglo-amerikanischen und deutschen Raum entwickelten Designs der sog. Dunkelfeldforschung in Österreich kaum rezipiert (und noch weniger repliziert) wurden und deshalb bis dato nur sehr wenig brauchbare Evidenz vorliegt, die halbwegs seriöse Rückschlüsse auf Ausmaß und Qualität der nicht den Behörden gemeldeten Kriminalitäts- und Viktimisierungserfahrungen, Kriterien der Anzeigerstattung etc. gestatten. (Auf Bundesebene fehlen derartige Untersuchungen überhaupt.) Kaum vorhanden sind weiters raumbezogene Forschungen zu Kriminalität, Kriminalitätsrisiken und Kriminalitätsentwicklung, und zwar sowohl im Sinn einer konventionellen Kriminalgeographie, als auch einer ethnographisch oder kulturwissenschaftlich angelegte Forschung zu lokalen oder regionalen Kriminalitätsprofilen und den ihnen entsprechenden Kontrollkulturen („styles of policing“ etc.). Auch der gesamte Bereich der Viktimologie (Kriminalitätserfahrungen in der Opferrolle, Kriminalitätsrisiken in Bezug auf verschiedene Delikte, differentielle Viktimisierungswahrscheinlichkeiten verschiedener Bevölkerungsgruppen etc.) ist in Österreich bis dato kaum erforscht. Im Vergleich mit internationalen Trends fällt überdies das Fehlen einer breiteren Forschung über Prävention (sowohl im Sinne einer sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung über Möglichkeiten und Grenzen bzw. (soziale) Kosten der Prävention, über unterschiedliche Präventionspolitiken, z.B. situational crime prevention, kommunale Projekte, aber auch Evaluation konkreter Präventionsprojekte) auf. Untererforscht ist schließlich auch der gesamte Bereich der Veränderung von Kontroll- und Sicherheitspolitik, der Transformation von Institutionen und Strategien sozialer Kontrolle unter den Bedingungen beschleunigten sozio-ökonomischen Wandels und angesichts der unter den Begriffen „Deregulierung“, „Globalisierung“ und „Weltgesellschaft“ zusammengefassten Tendenzen, wobei hier klarerweise vor allem die Auswirkungen auf polizeiliches Handeln und das Politikfeld „Innere Sicherheit“ gemeint sind.⁴

⁴ Das betrifft vor allem die neuere Diskussion um den Übergang von der „Disziplinargesellschaft“, in der soziale Kontrolle vor allem durch die Zurichtung der Subjekte bewirkt wird, zur „Kontroll- bzw. Sicherheitsgesellschaft“, die mehr an der Überwachung von Räumen und Situationen, an der Prävention und Begrenzung von Risiken und Schadensfällen, sowie an „diversity management“ orientiert ist. (Vgl. Ericson/Haggerty (1997), Lindenberg/Schmidt-Semisch (1995) und Legnaro (1997). Auffällig an dieser Diskussion ist zum einen das beachtliche theoretische Niveau, der weitgehende Mangel an em-

Weniger eklatant erscheinen auf den ersten Blick die Defizite bezüglich der Erforschung der Strafrechtsanwendung, doch decken die dazu vorhandenen Arbeiten vor allem bestimmte Segmente des Forschungsfeldes ab (etwa: Jugendkriminalität, regionale Disparitäten, Auswirkungen von Rechtsreformen) und operieren vielfach mit mäßig komplexen Methoden und Datenquellen (Auswertung von Statistiken und eventuell Akten). Auch das Quantum an Polizeiforschung im engeren Sinn erscheint (bei mitunter durchaus beachtlicher Qualität) äußerst bescheiden, speziell wenn die wissenschaftlichen Abschlussarbeiten an der SIAK ausgeklammert bleiben, von denen viele Aspekte des polizeilichen Handelns betreffen, das aus der Perspektive von Insidern beschrieben und reflektiert wird. Äußerst gering ist weiters die Zahl an fundierten Darstellungen der österreichischen Kriminalitätsentwicklung. Wenngleich hier einige sehr grundlegende Arbeiten zur sozialwissenschaftlichen Analyse von Kriminalstatistiken und zur Interpretation der österreichischen Kriminalitäts- bzw. Anzeigenentwicklung existieren, so mangelt es doch an differenzierten und aktualisierten Darstellungen zu bestimmten Deliktgruppen, Kriminalitätsformen und regionalen Entwicklungen, die Kriminalität (und Anzeigenstatistiken) jeweils im Kontext bedeutsamer sozio-ökonomischer Indikatoren oder von gesellschaftlichen Trends und Tendenzen beschreiben und analysieren.

8. Von den Schwierigkeiten und Chancen polizeirelevanter Forschung

Manches spricht dafür, dass der begrenzte Stellenwert von Polizeiforschung (oder auch kriminologischer Forschung) in Österreich, der sich an der von uns erstellten Dokumentation ablesen und präziser bestimmen lässt, sich nicht grundlegend von der Situation in anderen Bereichen der Gesellschaft und ihrer Verwaltung unterscheidet, sondern eher als spezifische Ausprägung einer allgemeineren Tendenz gelten kann, die eben auch in der Sphäre der öffentlichen Sicherheit und ihrer Verwalter wirksam wurde: Eine effizient verwaltete Gesellschaft, deren innere Widersprüche zumeist latent blieben und durch Institutionen und Arrangements des sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs gemanagt werden konnten, vermochte auf Selbstbeschreibung und Selbstreflexion durch empirische Forschung über weite Strecken verzichten, weil ihre Grundstrukturen in den Nachkriegsjahrzehnten recht stabil angelegt waren, und weil Politik und Verwaltung über ausreichendes empirisches Wissen verfügten, anhand dessen die jeweiligen Funktionssysteme und Ressorts „lernen“, das heißt sich an geänderte Umweltbedingungen anpassen, die entsprechenden Modernisierungsprozesse zulassen und organisieren konnten. Es liegt auf der Hand, dass dieses Lernen der Funktionssysteme aus Selbstbeobachtung immer auch bestimmten Sichtbegrenzungen unterliegt, die gerade durch „externe Beobachter“ (z.B. Wissenschaftler) aufgezeigt und korrigiert werden können. Gleichzeitig ist es aber so, dass das im Funktionssystem generierte (hausgemachte) empirische Wissen gegenüber dem „akademischen“, „theoretischen“ Wissen, das externe Beobachter bzw. Forscher erzeugen, die vor allem den Standards und Kate-

pirischer Fundierung, und nicht zuletzt: ihre Relevanz für polizeiliche Strategien und ihre sozialwissenschaftliche Reflexion. Das hier konstatierte Forschungsdefizit kann somit nicht als österreichisches Spezifikum gelten.

gorien ihres eigenen Bezugssystems „Wissenschaft“ verbunden und verpflichtet, und von den praktischen Erfordernissen des bürokratischen Alltags weitgehend entlastet sind, durchaus auch Vorteile zu bieten hat: Es erscheint praxisnäher und „plausibler“, ist weniger irritierend, bedarf keiner schwierigen Vermittlungsschritte, keiner Übersetzung in die Sprache der Praxis, der Politik, der Verwaltung. Das erklärt auch, warum – und mit welchen sozialen Kosten – gesellschaftliche Funktionssysteme (darunter auch die Polizei) vielfach oder im Regelfall dazu tendieren, sich gegen wissenschaftliche Beforschung und Durchleuchtung abzuschotten und auf ihr eigenes Wissen zu vertrauen. Die erwähnten „sozialen Kosten“ des Verzichts auf Forschung (und andere Formen der Reflexion) sind vor allem zu jenen Zeiten zu registrieren, in denen permanente Innovation nicht nur ein Erfordernis des Agierens auf ökonomischen Märkten ist, sondern auch die meisten staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen mit beschleunigtem bis turbulentem sozialem Wandel konfrontiert sind und das Vertrauen auf bewährte, stabile Strukturen nicht ausreicht um mit den Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten.

Literatur:

- Ericson R./Haggerty K. (1997), *Policing the Risk Society*. Toronto.
- Feltes T. (1991), Artikel „Polizeiforschung“. In: H.J. Kerner (Hg.), *Kriminologie Lexikon*. Heidelberg, 251-252
- Kerner H.J. (1994), *Empirische Polizeiforschung in Deutschland*. Beitrag zum 2. Japanisch-Deutschen Strafrechtskolloquium. Tokyo
- Kreissl R. (1991), *Polizeiforschung*. In: Flick U. et al. (Hg.), *Handbuch Qualitative Sozialforschung*. München. 375-378
- Legnaro A. (1997), *Konturen der Sicherheitsgesellschaft. Eine polemisch-futurologische Skizze*. In: *Leviathan* 25, 271-284
- Lehne W. (1993), Artikel „Polizeiforschung“. In: Kaiser G. et al. (Hg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*. Heidelberg, 392-401
- Lindenberg M./Schmidt-Semisch H. (1995), *Sanktionsverzicht und Herrschaftsverlust: Vom Übergang in die Kontrollgesellschaft*. In: *Kriminologisches Journal* 27, 2-17